



Ostfahrt und Osthilfe

Reichskanzler Dr. Brüning hat auf seiner Ostreise wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die finanziellen Möglichkeiten, die im vorigen Sommer bestanden, heute für die Osthilfe nicht mehr gegeben seien; dem Osten könne darum jetzt nur noch in bescheidenem Rahmen geholfen werden. Daß sich an die Ostreise und an die Neuwahl eine ungünstige Entwicklung des deutschen Geld- und Kapitalmarktes angeschlossen hat, und daß das gleiche von der Lage der Reichsfinanzen gilt, ist nicht zu bestreiten. Aber auch die Lage des Ostens hat sich seither noch in bedenklicher Weise weiter verschlechtert.

Pläne für die Osthilfe liegen nachgerade überreichlich vor. Doch gilt es, endlich zu einem festen Entschluß zu kommen. Ueber einen Plan allerdings, der erst in den letzten Tagen der Öffentlichkeit unterbreitet wurde, muß noch ein Wort gesagt werden: über den Plan, den Generaldirektor Silberberg auf der Tagung des Reichsverbands der deutschen Industrie gegen mannigfache Widerstände bei seinen Berufsgenossen durchsetzte.

Im Mittelpunkt dieses Plans steht der Gedanke, die Dawes-Industrieleihe, die vom Haushaltsjahr 1932 ab einem von der Bank für Industrie-Obligationen zu verwaltenden Zweckvermögen zuzuführen soll und bis 1936 ein Mindestaufkommen von 600 Millionen Mark ergeben würde, zur Umschuldung im Osten zu verwenden; 450 Millionen sollen der landwirtschaftlichen Umschuldung, 150 Millionen der gewerblichen Kredithilfe dienen. Trägerin des Zweckvermögens soll die Bank für die Industrie-Obligationen werden, neben der die Rentenbankkreditanstalt eingeschaltet würde. Auf der Unterlage der Umschuldungshypothek ist die Ausgabe von Bankobligationen geplant, die unter Beihilfe des Reichs und der Reichsbank im Inland und Ausland abgesetzt werden sollen. Die Umschuldung im Personalkredit soll in der Hauptsache durch ein Stützkonförium unter Führung der Preußentasse vorgenommen werden. Die Landwirtschaft soll durch Kontrollverbände mitwirken; die Führung der ganzen Aktion aber läge letzten Endes bei der Bank für Industrie-Obligationen, die auch als Zentralgeldstelle zu wirken hätten.

Der Plan enthält zweifellos brauchbare Gedanken. Von vornherein fällt aber ins Auge, daß seine Urheber durch das Angebot von Industriegeld sich zu einer falschen Grundanschauung hinsichtlich der Rolle verführen lassen, die der Rentenbankkreditanstalt als der landwirtschaftlichen Zentralbank zukommt. Der Mangel ist, daß der Plan keinen einheitlichen Charakter hat und daß er den Anschein erweckt, als ob die Industrie hier dem Osten ein Geschenk bringe, für das sie den maßgebenden Einfluß auf die Verteilung der Gaben beanspruchen könnte.

Davon kann in Wirklichkeit nicht die Rede sein. Um das richtige Verhältnis zu den Dingen zu gewinnen, muß man sich an die Ursprünge der jetzigen Lage erinnern müssen: durch Opfer der Landwirtschaft ist die Rentenbankkreditanstalt geschaffen und ist in der Hauptsache auch die Rentenmark getragen worden; die Industrie wurde seinerzeit ausdrücklich zu Lasten der Landwirtschaft von der Fundierung der Rentenmark befreit, durch die die zerrüttete deutsche Währung wiederhergestellt worden ist, befreit, um die Obligationen für die Reparationen leichter aufbringen zu können. Die Hauptlast der Tribute hat darum nicht auf der Industrie, sondern trotz der Befreiung von einer direkten Reparationsabgabe auf der Landwirtschaft gelegen. Dadurch ist — neben der Auswirkung der unmöglichen Grenzen — der Osten in den Zustand lebensgefährlicher wirtschaftlicher Blutleere geraten. Darum wäre auch die Heranziehung der Industriebelastung zur Osthilfe nicht in einem Pfenning ein „Geschenk“ der Industrie an den Osten oder gar an die östliche Landwirtschaft; und es wäre nicht nur ungerecht, sondern widersinnig, wenn die Landwirtschaft des Ostens zum Dank für die Opfer, durch die sie in Not gekommen ist, bei der Ordnung ihrer eigenen Lebensfragen minder berechtigt werden sollte.

Die Mittel, die für den Osten beschafft werden können, gleichviel woher, sind und bleiben öffentliche Mittel schlechthin. Die praktische Durchführung der landwirtschaftlichen Umschuldung aber gehört, von der entscheidenden Aufsicht des Staats abgesehen, selbstverständlich in erster Linie in die Hand desjenigen Bankinstituts, das über die größte Erfahrung und Sachkunde auf dem Gebiet des landlichen Realkredits verfügt, und das schließlich aus Mitteln der Landwirtschaft für die Betreuung dieses Gebiets, wie des landwirtschaftlichen Kredits überhaupt geschaffen worden ist.

Ob und wie weit der Reichskanzler und der Ostauschuß sich den Industrieplan zu eigen machen wird, ist noch nicht bekannt; den Besprechungen beim Ostkommisar Treviönus am Montag soll er nicht zugrunde gelegt worden sein. Aber wie dem auch sei, die Bedeutung der Kanzlerreise soll dadurch nicht gering gewertet werden. Der Reichskanzler hat, das darf nicht verschwiegen werden, auf seiner Reise

Tagespiegel

Reichspräsident v. Hindenburg empfing am Dienstag den Reichsminister Dr. Curtius zum Vortrag.

Die polnische Regierung hat über die böswillige Grenzverletzung durch drei Militärflugzeuge in Oppeln der Reichsregierung ihr „Bedauern“ ausgesprochen.

Der bisherige Staatssekretär im polnischen Außenministerium, Dr. Wysocki, wurde zum Gesandten in Berlin ernannt.

nicht überall eine besonders freundliche Aufnahme gefunden. In Oberschlesien wurde er von Arbeitermassen sehr unfreundlich empfangen und anscheinend sogar bedroht, so daß ein größeres Polizeiaufgebot nötig wurde. Der neue Staat hat eben im deutschen Osten bisher wenig Eingang in den Herzen gefunden, weil er bisher in unentscheidbarer Weise vernachlässigt worden ist. Reichskanzler Dr. Brüning hat nun einen neuen Ton im Verkehr mit dieser schwergeprüften Bevölkerung gefunden, den der sachlichen Rührerheit. Er hat immer wieder betont, daß die Gesundmachung und Geburderhaltung der öffentlichen Finanzen das Grundgesetz aller Staatswirtschaft sein müsse; wirkliche Wirtschaftshilfe könne nur von einem Staat mit geordneten Finanzen und sparsamer Ausgabenwirtschaft ausgehen.

Der Reichskanzler über die Ostreise

Berlin, 13. Jan. Reichskanzler Dr. Brüning teilt über seine Ostreise durch Ostpreußen mit: Die Fühlungnahme mit Vertretern aller Kreise der Ostgebiete hat dem Bild von der örtlichen Not und der Wirkung der bisherigen Hilfsmassnahmen und den dringenden Erfordernissen nächster und fernerer Zukunft neue und richtunggebende Züge eingefügt. Die Hilfsmassnahmen der Ministerien des Reichs und Preußens, die in enger Verbindung mit den örtlichen Stellen durchzuführen sind, werden mit möglichst geringen Mitteln möglichst starke Wirkungen auslösen müssen. Sie werden sich mit der Zinsfrage zu befassen haben. Die Herabsetzung der Zinsen der alten Umschuldungshypotheken auf den Zinsertrag von neuen wird zur Entscheidung gestellt. Die Vereinbarungen zwischen den örtlichen Kreditinstituten über die Zinshöhe, die für Ostpreußen unter Leitung des Reichsbankpräsidenten abgeschlossen worden sind, werden durch entsprechende Verhandlungen auf die anderen Ostprovinzen ausgedehnt werden. Die Kapitalversorgung der Wirtschaft in allen östlichen Grenzbezirken wird zum Gegenstand enger Beratungen mit den in Frage kommenden Kreditinstituten zu machen sein. Wie weit bei Schulden, die aus Anlaß dringender Notstände eingegangen worden sind, Entgegenkommen möglich ist, bedarf in diesem Zusammenhang rasker Klärung. Mängel, die sich in der Organisation des Kreditwesens, insbesondere die Weiterleitung der Kredite zentraler Stellen durch die Genossenschaft, sich ergeben haben, dürfen beseitigt werden. Mittel des Kreditversicherungsgrundstocks sind im Rahmen des Möglichen sofort dort einzusetzen, wo die Not besonders groß und die Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Zahlreich sind die Wünsche, die auf der Reise entgegengenommen wurden. Sie liegen auf dem Gebiet der Verkehrspolitik, der Steuerpolitik und der Unterstützung in Sonderfällen. Die Windbruchgebiete sind eine schwere Gefahr für den Bestand des deutschen Walds. Die Reichsregierung wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen müssen, daß die notwendigen Mittel bereitgestellt werden, um diese Gefahr zu bekämpfen. Auch die anderen Anträge werden mit aller Sorgfalt geprüft und beschleunigt zu entscheiden sein.

Es wird alles geschehen, was in den Kräften der Regierung steht, um die möglichen Massnahmen rask wirksam werden zu lassen. Die Vorlage des Entwurfs eines neuen Osthilfegesetzes steht unmittelbar bevor. Von der verständnisvollen Mitarbeit der Bevölkerung hängt aber der Erfolg zum wesentlichen Teil ab.

Pommern beim Reichspräsidenten

Berlin, 13. Jan. Der Herr Reichspräsident empfing heute als Vertreter der Wirtschaft Vorpommerns Oberbürgermeister Heidemann-Stralsund, Handelskammerpräsident Dr. Beug-Stralsund, Universitätsprofessor Ruchs-Greifswald und Rittergutspächter Ruge-Ranzin. Die Abordnung trug dem Herrn Reichspräsidenten die Notlage, in der sich alle Zweige der Wirtschaft Vorpommerns befinden, und den Wunsch vor, den Regierungsbezirk Stralsund in die Osthilfe einzubeziehen, sowie die agrarpolitischen Schutzmassnahmen alsbald weiter fortzusetzen.

Miska über den polnischen Terror

Frankfurt a. M., 13. Jan. In einer gestern vom Verein für das Deutschtum im Ausland, dem Deutschen Ostbund dem Schlesierverein, dem Verein heimattreuer Ost- und

Westpreußen, dem Memelländbund, dem Schleswig-Holsteiner Bund, sowie dem Saatverein einberufenen Versammlung Frankfurter Bürger ergriff Reichstagsabgeordneter Prälat Miska das Wort. Er erinnerte daran, daß bei der Abstimmung im Jahr 1921 60 Prozent der Bevölkerung für Deutschland abgestimmt haben. Dieses Ergebnis wäre noch besser für Deutschland ausgefallen, wenn nicht die Furcht vor Gewalttaten der Verbandsstruppen, die damals im Osten die „Ordnung“ aufrechterhalten sollten, die Wähler eingeschüchtern hätte. Der Redner schilderte dann die eigentlichen Gewalttaten gegen die deutsche Minderheit anlässlich der letzten polnischen Sejmwahlen, die jetzt die Beschwerde der deutschen Regierung beim Völkerbund veranlaßt haben. Der Grund zu diesen furchtbaren Zuständen liege darin, daß Polen sich seines Besitzes in Oberschlesien selbst nicht sicher fühle, daß möglichst alle Deutschen aus dem Gebiet vertrieben werden sollen, um für den Fall eines Eingriffs des Völkerbunds sagen zu können, daß es sich hier ja um „rein polnisches Gebiet“ handle. Vor der Aufteilung umfaßte Oberschlesien ein Gebiet von 1.333.000 Hektar; davon wurden 321.000 Hektar durch den Genfer Spruch Polen zugesprochen, wobei es sich hauptsächlich um die Industriegebiete handelte, während bei Deutschland in der Hauptsache Agrarland verblieb. Die Bevölkerung bestand aus 2.284.000 Seelen; davon wurden zu Polen 985.000 geschlagen.

Die wirtschaftlichen Wunden, die Deutschland durch das Genfer Diktat erlitt, waren vielleicht noch größer. Das Kohlengebiet war 2800 Geviertkilometer groß; davon erhielt Polen nicht weniger als 2200 Geviertkilometer. Das Kohlenvorkommen wurde auf 57,5 Milliarden Tonnen geschätzt, wovon Deutschland nur noch 3,5 Milliarden Tonnen verblieben sind. Von 67 Kohlengruben wurden 53 an Polen abgetreten, sämtliche 7 Eisenerzgruben und alle 5 Zinn- und Bleihütten. Damit verlor Deutschland 60 Prozent seiner gesamten Zinnerzeugung und 25 Prozent seiner Bleiproduktion. Außerdem gingen alle 24 Zinkhütten verloren. Unter diesen Umständen kann es nicht weiter verwundern, daß Oberschlesien das ärmste Land Deutschlands geworden ist. Die Steuerkraft beträgt nur noch 29,9 M pro Kopf der Bevölkerung gegenüber einem Reichsdurchschnitt von 57,2 M. Besonders bedauerlich ist, daß Polen mit der Grenztrennung noch gar nicht zufrieden ist. Der Traum der polnischen Nationalisten geht bis an die Oder und die jetzige Grenze wird von ihnen als eine „Ungerechtigkeit“ des Völkerbunds gegen Polen angesehen.

Deutschland muß also nicht nur darauf dringen, daß die Ungerechtigkeiten des Genfer Diktats wieder aufgemacht werden, sondern es handelt sich auch darum, das, was wir behalten haben, mit allen Kräften zu verteidigen. Zu diesem Zweck muß ganz Deutschland für den Kampf um eine gerechte Grenze mobil gemacht werden.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung gibt die Versammlung Frankfurter Bürger ihrer Entrüstung Ausdruck über den gegen deutsche Brüder und Schweltern im abgetretenen Gebiet von Polen verübten Terror und den dadurch begangenen Bruch des Genfer Vertrags. Die Versammlung erwartet von der Reichsregierung, daß sie bei der Ratstagung in Genf keine Verschleppung des Verfahrens dulde und sich nicht mit leeren Versprechungen abfinden lasse. Vom Völkerbund erwartet die Versammlung, daß er sich als Bürge der bestehenden Verträge endlich um die Erfüllung seiner den Deutschen in abgetretenen Gebieten gegenüber übernommenen Verpflichtungen ernstlich bemühen werde.

Neue Nachrichten

Eine Reichsanwaltskammer

Berlin, 13. Jan. Nach einem Gesetzentwurf, der soeben dem Reichsrat zugegangen ist, soll die deutsche Anwaltschaft eine öffentlich-rechtlich anerkannte Zentralvertretung erhalten. Die Vorstände der Anwaltskammern in den verschiedenen Gerichtsbezirken waren schon bisher in einer Vereinigung für das ganze Reich zusammengeschlossen. Diese Vereinigung soll durch das neue Gesetz unter dem Namen Reichsanwaltskammer ein festes juristisches Gefüge als anerkannte Berufsvertretung erhalten.

Das Urteil im Golassowitzer Prozeß

Rybnik, 13. Jan. Im vorigen Sommer war der polnische Polizeikommandant Sznajpla, ein brutaler Mensch, in Golassowitz (Ostoberschlesien) ermordet worden. Die polnische Staatsanwaltschaft und Regierung strengten ein fürchterliches Gericht an, in der Meinung, damit einen Schlag gegen die deutsche Minderheit, die des Anschlags beschuldigt wurde, sichern zu können. Angeklagt waren acht Bauern aus Golassowitz. In der mehrtägigen Verhandlung vor dem Gericht in Rybnik bekannten sich aber fast alle Angeklagten zum peinlichen Erstaunen des Gerichts und der polnischen Behörden als — Polen. Das Urteil fiel dann auch sehr milde aus: Die Hauptangeklagten Kuba und Watut, beide Polblutpolen, erhielten je 14



Jahre Gefängnis, S w i e r z e 1 Jahr, K o r c h e l, W a c k o w i k und zwei Brüder S z y m i l je 6 Monate Gefängnis, B r e z e l wurde freigesprochen. Allen Verurteilten wurde die volle Untersuchungshaft angerechnet. Von den „politischen Umtrieben“, die in der Anklageschrift eine so große Rolle spielten, war in der Urteilsbegründung mit keinem Wort mehr die Rede.

Kulturkampf in Litauen

Memel, 13. Jan. Die Konferenz der litauischen kath. Bischöfe hat über die halbamtlichen Blätter „Lietuvos Aidas“ und „Biengbe“, Organ der Laitinintal-(Regierungs-)Partei den Kirchenbann ausgesprochen. Gegen Geistliche, die mit der Regierung gehen, sollen die schärfsten Maßnahmen ergriffen werden. Der Papst hat die Bischöfe ermahnt, sich nicht einschüchtern zu lassen.

Die litauische Regierung erklärt, sie wolle der Kirche keine Rechte nehmen, die ihr nach dem Konkordat zustehen. Die Haltung der Bischöfe sei nur aus dem Bestreben der Christlich-Demokraten, die politische Macht in Litauen in die Hand zu bekommen, zu erklären. Der christlich-demokratische ehemalige Finanzminister Carvalis und der Generalsekretär und andere Führer der katholischen Partei wurden verhaftet und in ein Sammellager verbracht. Hier andere Führer und neun Studenten sollen vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Sparfamkeit in England

London, 13. Jan. „Morningpost“ zufolge soll am 27. Januar mit einer großen Versammlung in London ein Feldzug zugunsten größerer Sparfamkeit bei Staats- und Gemeindeausgaben eingeleitet werden. „Morningpost“ erklärt, es sei klar, daß keine der politischen Parteien sich zur Annahme eines großzügigen Sparfamkeitsprogrammes entschließen werde, wenn nicht die öffentliche Meinung einen starken Druck ausübe.

Regnes über die Belämpfung der Arbeitslosigkeit

London, 13. Jan. Der Wirtschaftsachverständige Regnes sagte gestern abend in einer Rundfunkansprache, das wahre Heilmittel für die herrschende große Arbeitslosigkeit bestehe nicht in gesteigerter Sparfamkeit, sondern in großzügiger Verwendung des Geldes. Wer 5 Schilling täglich spare, mache damit einen Mann für einen Tag arbeitslos. Am besten wäre es, wenn umfassende Pläne aufgestellt würden. Statt die Arbeiter der Not preiszugeben, und sie von der Arbeitslosenunterstützung abhängig zu machen, wäre es besser, ganz Süd-London von Westminster bis Greenwich einzuzurichten und neuer und schöner aufzubauen. England sei nicht untüchtig, nicht arm, es lebe nicht von seinem Kapital, ganz im Gegenteil: Die englischen Arbeiter und Fabriken seien viel leistungsfähiger als früher. Das National Einkommen vermehre sich sehr schnell. England leide nicht an greisenhafter Schwäche, sondern an Kinderkrankheiten.

Entwurf einer Bundesverfassung für Indien

London, 13. Jan. Der von dem Lordkanzler in der Konferenz am Runden Tisch verlesene Bericht sieht für Indien eine Bundesverfassung vor, die den Indern die politische Verantwortung gibt, während die vollziehende Gewalt in den Händen der englischen Krone oder des Generalstatthalters bleibt. Der Generalstatthalter ernannt den Ministerrat, der den gesetzgebenden Körperlichkeiten vorantwärtig ist. Während einer gewissen Uebergangszeit wird der Generalstatthalter die Verantwortung für die Landesverteidigung und die auswärtigen Beziehungen tragen, einschließlich der Beziehungen zu den indischen Staaten außerhalb des Bundesrahmens. In einigen bestimmten Fällen kann der Generalstatthalter unter eigener Verantwortung handeln und Vertreter ernennen, die in der gesetzgebenden Versammlung das Wort zu ergreifen das Recht haben.

Die Sowjetwahlen

Moskau, 13. Jan. Die amtliche Telegraphen-Agentur verbreitet, die Wahlen für die Sowjets finden gegenwärtig unter reger Beteiligung statt. Es handle sich um die Umgestaltung der gesamten Arbeit der Sowjets für die Industrialisierung des Landes, Kommunisierung der Landwirtschaft und Verwirklichung des (Fünftjahr-)Wirtschaftsplans 1931. Die Gesamtzahl der Stimmberechtigten betrage 83 Millionen gegen 74 Millionen im Jahr 1929.

Das Rote Kreuz zugunsten für die Farmer

Washington, 13. Jan. Mit Genehmigung des Präsidenten Hoover richtete das amerikanische Rote Kreuz einen Aufruf an seine 3000 Zweigstellen in den Vereinigten Staaten, so schnell wie möglich 10 Millionen Dollar zu sammeln, um den durch die Dürre des letzten Som-

mers ins Elend geratenen Farmern Nahrungsmitteln und Kleidung, sowie Futter für ihr Vieh liefern zu können. In dem Aufruf wird jeder Zweigstelle mitgeteilt, welchen Prozentsatz der vorgezeichneten Gesamtsumme sie aufzubringen habe.

Die amerikanische Presse zur Schuldenerleichterung

Newyork, 13. Jan. Die hiesigen Bankkreise stimmen überwiegend dem Vorschlag einer Schuldenermäßigung zu, den der Präsident der Governing Board der Chase National Bank, Wiggins, gemacht hat, obwohl vielfach der zeitweilige Ausweg eines Zahlungsausschubs an Stelle einer endgültigen Herabsetzung empfohlen wird. Von einer Seite wurde bemerkt, eine Herabsetzung der Schulden wäre eine Unbilligkeit gegen die Inhaber der amerikanischen Bundesanleihen, da deren Rückzahlung zum wesentlichen Teil auf den Zahlungen der Verbandsschuldner beruhe. Von anderer Seite wird geltend gemacht, daß die Schulden voll beglichen werden sollen. „Newyork Times“ bemerkt auf Grund ihrer Erkundungen, manche führende Bankiers seien zwar ablehnend von den wirtschaftlichen Vorteilen einer Schuldenermäßigung überzeugt, sie bekennen sich indessen nur ungern zu dieser Ueberzeugung, da ihnen häufig aus politischen Kreisen der Vorwurf gemacht werde, daß sie um das Wohl Europas mehr besorgt seien als um das der Vereinigten Staaten.

Auch der Präsident der Columbia-Universität, Butler, ein führender Republikaner, bezeichnet Wiggins Darlegungen als eine heilsame Erklärung. Während die republikanische „Herald Tribune“ vorläufig die Vorschläge Wiggins mit Schweigen übergeht, äußert sich die „Newyork Times“ durchaus zustimmend und bemerkt dazu, Wiggins könne eine Befristung seiner Anschauungen in dem früheren Jahresbericht des Schatzsekretärs Mellon finden, der ein wirtschaftlich gesundes Europa als von größerem Wert für die Vereinigten Staaten bezeichnet habe, als jede Eintreibung von Schulden. Allerdings, fährt die „Newyork Times“ fort, dürfe man nicht erwarten, daß dieses Problem dem Kongreß oder der Washingtoner Regierung einleuchtend erscheine. Die Schuldenermäßigung sei gegenwärtig noch nicht reif für eine Erörterung, obwohl diese Erörterung zweifellos im Laufe der nächsten Zeit kommen müsse.

Fried bittet um Antwort

Weimar, 13. Jan. Auf die Ablehnung der von Thüringen beantragten Auflösung der Ortsgruppe Gera des Reichsbanners wegen Abhaltung nächstlicher militärischer Uebungen durch die Reichsregierung hat Minister Dr. Fried an den Reichsinnenminister Dr. Wirth ein Schreiben gerichtet. Er bittet um Auskunft, was die Reichsregierung veranlaßt habe, der Reichsbannergruppe gegenüber eine andere Stellung einzunehmen, als dem Stahlhelm im Rheinland, der von der preussischen Regierung mit Zustimmung der Reichsregierung lange Zeit verboten worden sei, obgleich beide daselbe getan haben. Das Stahlhelmsverbot sei viderstrebend erst aufgehoben worden, weil der Reichspräsident bei seinem Besuch im Rheinland es ausdrücklich verlangt habe.

Wie WTB meldet, wird der Reichsinnenminister die erbetene Antwort nicht geben, da er die Geraer Angelegenheit als erledigt ansehe.

Württemberg

Stuttgart, 13. Januar.

Kundgebung. Die Kommunisten veranstalteten auf dem Marktplatz eine Kundgebung gegen das Verbot der „Süd-deutschen Arbeiterzeitung“. Reichstagsabgeordneter Schläpfer griff in einer Ansprache die württembergische Regierung und den Staatspräsidenten Woltz an.

Raubüberfall. Gestern abend 10.45 Uhr wurde zwischen der Unteren Birkenwaldstraße und Käppelstraße auf der nur spärlich erleuchteten Verbindungsstreppe ein Raubüberfall auf ein junges Fräulein verübt. Auf die Hilferufe der Ueberfallenen kamen ihr Passanten zu Hilfe. Der Täter warf während der Verfolgung die geraubte Handtasche mit etwa 80-100 Mark Inhalt weg. Bei der weiteren Verfolgung gelang es dem Flüchtigen, auf die Bahnhofstraße zu gelangen und von dort aus mit einem kühnen Schwung über die dortige Bahnabfahrrichtung zu springen, um in dem mit Eisenbahnwagen vollstehenden Eisenbahngelände das Weite zu suchen.

Lebensmüde. Am 12. Januar nachmittags stürzte sich eine 32 J. a. Frau in selbstmörderischer Absicht in einen See

im Rotwildpark. Ein in der Nähe diensttuender Postbeamter der Dienststelle Wald-Feld konnte die Lebensmüde mit Hilfe von herbeigeeilten Fußgängern retten.

Im Rotwildpark stürzte ein 17 J. a. Lehrling von einem Baum, den er bestiegen hatte, etwa 10 Meter hoch ab. Er trug eine schwere Kopfverletzung davon und mußte in das Marienhospital verbracht werden.

Cannstatt, 13. Jan. Das Schicksal der Mineralquellen. Der Neckaranalbau setzt bekanntlich die zahlreichen Cannstatter Mineralquellen der Gefahr der Vernichtung aus. Schon öfters wurden Maßnahmen getroffen, um die starken Verluste der wertvollen Naturquellen auszugleichen. So ist in letzter Zeit unterhalb der neuen Wilhelmshöhe mitten im neuen Flußbett ein rechteckiger Einbau errichtet worden, der die sehr starken Mineralquellen umschließt, die bei den Baggararbeiten der letzten Jahre zutage getreten sind. Vom Ufer her führt ein langer Bausteg zu den eingemauerten Quellen, der die Rohrleitung zu einer Pumpenanlage trägt. Zunächst soll nämlich der Quellbezirk trocken gelegt werden. Erstaunlich ist die große Stärke und Zahl der eingefassten Quellen, deren klares, frisches Wasser mit großen und zahlreichen Kohensäurebläschen aus dem kiesigen Grund hervorbricht. Die weißgewaschenen Kieselsteine am Boden deuten darauf hin, daß das Wasser nicht eisenhaltig ist. Die augenblickliche Kälte hat zwar die Arbeiten etwas verzögert, sie werden aber bei günstigerem Wetter und tieferem Pegelstand wieder aufgenommen. Nach dem Auspumpen der Quellen soll mit deren Schließung durch Betondecken ein neuer Versuch gemacht werden. Ueber den Erfolg läßt sich freilich nichts voraussagen, da man nicht weiß, ob die abgedämmten Wasseradern nicht wieder an anderen Stellen durchbrechen.

Aus dem Lande

Neuhäusen a. Nidern, 13. Jan. Schlägerei. Nach einer nationalsozialistischen Versammlung hier entstand eine Schlägerei mit Kommunisten, bei der Knüppel und Stuhlbeine eine starke Rolle spielten.

In Neckarsulm kam es zu einem ähnlichen Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten.

Kaisersbach N. Belzheim, 13. Jan. Bürgermeistereiwahl. Bei der Neuwahl des Ortsvorstehers hat von 637 gültig abgegebenen Stimmen der seitherige Ortsvorsteher, Bürgermeister Dreher, 634 Stimmen gleich 67 v. H. aller Wahlberechtigten, erhalten.

Gmünd, 13. Jan. Ein Geschenk an Ravensburg. In der Kunstgewerblichen Werkstatt Fritz Möhlers-Gmünd wurde eine Ehrengabe der ehemaligen württembergischen Reichsstädte an die Stadt Ravensburg hergestellt. Es ist ein Trinkschalen aus Edelmetall in der Form eines Vliesers dar. Der Ueber weist am Fuß die Inschrift auf: „Der alten Reichsstadt Ravensburg anno domini 1931 zum Andenken an die künstlerische Erneuerung ihres Rath- und Bürgerhauses, gewidmet von den Städten Ulm, Heilbronn, Ehlingen, Reutlingen, Gmünd.“

Unterdeckstetten N. Crailsheim, 13. Jan. Der Gemeinderat hat auf die Auszahlung von Sitzungsgeldern verzichtet.

Honhardt N. Crailsheim, 13. Jan. Bürgermeistereiwahl. Bei der Bürgermeistereiwahl entfielen auf Obersekretär Reiser-Hall 279 Stimmen, Fr. Prag-Honhardt 265, Bauernanwalt Schmidt-Gerabronn 216, Malermeister Gehring-Honhardt 3 Stimmen. Der weitere Kandidat Weller-Dnolzhelm ist am Samstag abend noch zurückgetreten.

Tübingen, 13. Jan. Vom Rathaus. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde mitgeteilt, daß die Durchführung der Gehaltskürzung bei den städtischen Beamten usw. gemäß der Roterordnung der Stadt eine jährliche Entlastung von 24 020 Mk. bringt. Dazu kommt noch die Verminderung der Beiträge für Lehrergehälter und Polizeikosten. Die Erhöhung der Gemeindebesteuer um das Doppelte wird erst im neuen Rechnungsjahr 1931 eintreten. Das Wohnungssamt wurde mit Wirkung ab 1. Januar 1931 aufgehoben.

Oberndorf a. N., 13. Jan. Unverschämte Bettler. Am Sonntag morgen bettelten zwei Burken, ein Schwabe und ein Bayer, in der Neckarvorstadt. Am Nachmittag vertrieben sie das gebettelte Geld in einer Wirtschaft. Als sich der Alkohol bemerkbar machte, belästigten sie die Gäste in unverschämter Weise. Zurechtgewiesen, wollten sie eine Kauferei anfangen, indem sie nach Stühlen griffen und auf die Leute los wollten, von denen sie am Morgen das Geld erbetelt hatten.

Margrethausen N. Bellingen, 13. Jan. Tödlicher Ausgang. An Weihnachten verunglückte Gipser Jakob

Die Mutter

Roman von Lola Stein.

9. Fortsetzung.

Rechtswort verboten.

„Nein, nein, rief er schnell. „So soll es nicht sein. Ich vergehe ja vor Sehnsucht nach ihr. Eine Trennung wäre unausdenkbar. In sechs Wochen wollen wir heiraten, ohne Verlobungszeit, die wir beide schrecklich finden, die meine Nerven kaputt machen würde. Besuche, Beratungen, überhaupt, all den offiziellen Kram lassen wir beide.“

„Das heißt, du hast ihn, Udo, denn wie sollte dieses kleine Mädchen aus gutem Bürgerhaus wohl dazu kommen, sich gegen alles Althergebrachte zu wehren? Du hast ihr deine Ansicht suggeriert.“

„Du irrst“, sagte er lebhaft, „Ulchi hat nichts vom Althergebrachten an sich. Sie ist ein sehr modern denkender, sehr frei empfindender, sehr reifer und eigener Mensch, wenn sie auch erst einundzwanzig Jahre ist. Jedenfalls sind wir uns einig, daß wir spätestens in sechs Wochen heiraten werden, ohne Familienklast, ohne Empfänge, ohne Feierlichkeit.“

„Und was sagt die Familie deiner — Braut“ — sie sprach das Wort sehr zögernd aus — zu dem allen?“

Er wurde ein wenig verlegen. „Keiner weiß es bisher. Du solltest die erste sein. Schazi!“

„Und wenn dieser Herr Remstedt die Verbindung mit dir, Udo, der du doch in bürgerlichem Sinne keine Garantie und keine gute Versorgung für ein Mädchen bist, nun verweigert?“

„Dann heiraten wir ohne seine Einwilligung. Ja, Schazi, wir würden der ganzen Welt trotzen. Aber jetzt

Remstedt ist gut und vernünftig. Warum sollte er Ulchi Glück im Wege sein?“

„Glaubst du, daß er eure Heirat für ihr Glück halten wird? Udo, so komme doch nur für Minuten wenigstens zur Vernunft; kannst du denn überhaupt eine Frau ernähren?“

„Ach, was kostet so ein kleines Persönchen denn schon? Natürlich kann ich uns beide ernähren!“

„Du bist ein Kind“, sagte sie traurig. „Aber wir müssen ganz offen in dieser Stunde reden. Wenn ich nicht so sparsam wäre, Udo, wenn ich mein kleines Vermögen nicht durch geschickte Anlagen und vorsichtiges Operieren in der letzten, schwersten Zeit vergrößert hätte, wir wären nicht ausgekommen. Ich weiß nicht, ob deine zukünftige Frau so praktisch, so tüchtig, oder — so reich ist, daß ihr in diesen katastrophalen Zeiten existieren könnt.“

„Das alles sind doch sekundäre Fragen, Schazi. Darüber haben wir überhaupt noch nicht gesprochen.“

„Weil ihr Kinder seid. Zwei selig-verliebte, törichte Kinder. Und darum muß ich mit dir sprechen, Udo. Wo willst du in dieser Zeit der allgemeinen Wohnungsnot ein Heim hernehmen? Woovon willst du es einrichten?“

„Die Einrichtung bekommt Ulchi. Das hat sie mir gesagt. Ihre Schwestern haben eine sehr anständige Mitgift bekommen, in normalen Zeiten wäre sie sicher ein wohlhabendes Mädchen gewesen. Wenn ihr Vater ihr jetzt eine Einrichtung, Teppiche, Silber gibt, so ist das schon sehr viel!“

„Gewiß — aber wohin mit den Sachen?“

„Wir brauchen das alles ja nicht gleich. Wir wollen uns. Alles andere tritt zurück vor diesem Wunsch. Wir

werden uns natürlich beim Wohnungsamt eintragen lassen und schließlich eine Wohnung bekommen.“

„Und solange, Udo?“

„Was machen denn andere Menschen? Alle heiraten doch. Man ist eben bescheidener als früher. Wohnt möbliert.“

„Was sehr teuer ist, mein Junge.“

„Ich weiß. Und für mich wohl auch unerschwinglich. Aber schließlich ist dies hier doch mein Heim, Schazi. Muß ich denn heraus aus dem, was immer mein war? Können wir nicht auch zu Dreien hier wunderschön leben und glücklich sein, wenigstens solange, bis wir eine eigene Wohnung haben?“

Nun war es gesagt, das Wort, das Ellen gefürchtet hatte. Sie würde ihren Jungen verlieren an eine junge Frau, sie würde das Glück der Zweifamkeit aufgeben, sie würde eine Fremde hier dulden müssen. Sie sagte mühsam: „In eine junge Ehe gehört kein drittes Element!“

Aber du gehörst doch zu mir, Schazi, in Zukunft wirst du eben statt eines Kindes zwei haben, die dich verehren und lieben. Willst du meine kleine Ulchi nicht bei dir aufnehmen?“

„Dies alles gehört dir, wie es mir gehört, Büberle, und wenn deine Ulchi mit mir leben will —“

„Natürlich wird sie wollen“, rief er froh. „Siehst du, wie leicht alles sich lösen läßt. Und mehr verdienen werde ich auch in Zukunft. Ulchis Vater hat neulich mit mir über geschäftliche Dinge gesprochen, und da ist mir eigentlich erst klar geworden, wie untüchtig ich in diesen Sachen bin, wie viel ich mir entgehen lasse. Das soll anders werden.“

„Siehst du, nun findest du es selbst. Und wenn ich es dir

(Fortsetzung folgt.)

Schurer, indem er in seinem Hause so unglücklich fiel, daß er den rechten Arm austrenkte und sich eine unscheinbare Wunde am Kopfe zuzog, der keine Beachtung geschenkt wurde, die aber Wundstarrkrampf nach sich zog, an dessen Folgen nun Schurer am Samstag früh im Krankenhaus in Ebingen gestorben ist.

Ulm, 13. Jan. Verkehrsunfälle. Mit der Zunahme des Verkehrs steigern sich auch die Verkehrsunfälle. Im letzten Jahr wurden 259 Verkehrsunfälle festgestellt (1929: ca. 200), tödlich 4, schwere Fälle 30. Die Feuerwehrr wurde 3mal (32) alarmiert, davon waren zwei Großbrände. Nach auswärts wurde die Feuerwehr 3mal gerufen.

Diebstahl von Delgemälden. Im Verlauf der letzten Tage sind in einem Treppenhaus eines Ulmer Privathauses zwei Delgemälde entwendet worden. Als Täter kommt ein Bettler in Frage, der ohne Zweifel verurteilt wird, die Bilder zu verkaufen. Ein Bild ohne Umrahmung zeigt eine Landschaft mit einer Erntearbeiterin, einen Rechen tragend. Das andere Bild zeigt eine Abendstimmung überm See.

Der Graphiker und Kunstmalers Gustav Bühler, ein schon oft vorbestrafter Dieb und Betrüger, stahl im Lauf des Herbstes vom Wochenmarkt zwei Kisten Eier, zwei Kisten und ein Paket Butter und aus einem Kiosk in Neu-Ulm den er erbrach, Nessel, Nüsse und Bonbons im Wert von 190 RM. Der Angeklagte, der mit einer Frauensperson in Neu-Ulm zusammenhaute, es waren auch zwei Kinder da, ist geflüchtet und bringt vor, daß er das Hungergeschrei der Kinder nicht mehr hören können und deshalb in größter Not die Diebstähle ausgeführt habe. Das Gericht berücksichtigt seine Notlage und verurteilte den rückfälligen Dieb, der erst aus dem Zuchthaus kam, zu 1 Jahr 1 Monat Gefängnis.

Neufra M. Riedlingen, 13. Jan. Auf der schwäbischen Eisenbahn. Ein gutes Stückchen schwäbischer Gutmütigkeit konnten die Reisenden des 19.32 Uhr in Riedlingen nach Herberingen abfahrenden Zugs beobachten. Etliche Neufrauer vergaßen in der Hitze des Gesprächs, in Neufra auszu steigen. Der schon in Fahrt befindliche Zug wurde durch lautes Haltraufen der unfreiwillig Fahrenden tatsächlich nochmal zum Stehen gebracht.

Groß-Tiffen M. Saulgau, 13. Jan. Ein Hundsfreund, Hauptlehrer Hant, dem nun eine Lehrstelle in Wiesensteig übertragen worden ist, hat sich durch seine Hundezucht bei allen Hundefreunden weit über Oberschwaben hinaus einen Namen gemacht, hatte er doch in manchen Zeiten bis zu 100 Hunde in seinem Besitz.

Biberach, 13. Jan. Kuraufenthalt des Bischofs. Bischof Dr. Spronk weilte gegenwärtig zu kürzerem Kur-aufenthalt im Jordanbad.

Fronhofen M. Ravensburg, 13. Jan. Unliebame Entdeckung. Eine seltene Entdeckung mußte letzter Tage ein hiesiger Bürger in seinem Torfriedhof machen. Eine Torfhütte war als Stallung eingerichtet. Bei seinen Nachfragen erfuhr er, daß eine aus mehreren Wagen bestehende Zigeunergesellschaft ihre Pferde eingestellt hatte. Bei der Nachschau auf seinen Grundstücken mußte der Landwirt weiter feststellen, daß aus seiner Heuhütte etwa 10—15 Jtr. Wiesenheu entwendet wurden. Die Verfolgung der Zigeuner wurde sofort aufgenommen.

Friedrichshafen, 13. Jan. Eisenbahnbetriebsunfall. Gestern Abend stieß am sogenannten Dreieck der Friedrichshafener Rangieranlage ein Leerzug, der vom Hafensbahnhof in Richtung Stadtbahnhof fuhr, auf eine Rangierlokomotive. Der Lokomotioführer hoch von der Rangierlokomotive wurde am Kopf leicht verletzt. Die beiden Lokomotiven und ein Tender erlitten kleinere Beschädigungen; außerdem entgleisten einige Wagen. Eine Störung des Verkehrs ist nicht eingetreten.

Stuttgart, 13. Jan. 85. Geburtstag. Generalmajor Hugo v. Krell, der den Krieg 1870/71 mitgemacht und in seiner letzten Dienststellung Reg.-Kommandeur in Ulm war, wo er 1896 in den Ruhestand trat, vollendet am 14. Januar das 85. Lebensjahr.

Welzheim, 13. Jan. Der Ebnisee ist ganz mit einer Eisdede überzogen und hat bereits am Sonntag für Schlittschuhläufer eine ideale Eisbahn.

Kalkofen, Hohenzollern, 13. Jan. Brandstifter. Der Urheber des Brands der bekannten Neumühle in der Nacht zum 3. Januar ist ermittelt und festgenommen. Es ist ein aus Bietingen gebürtiger, zuletzt in Oberndorf (Hohenz.) bediensteter Knecht, der früher in der Neumühle in Stellung war. Er hielt sich an dem fraglichen Abend betrunken in der Wirtschaft der Neumühle auf. Bei dem Brand sind der Hofhund, ein wertvoller junger Farnen, 50 Hühner, alle landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte, 8 Zentner Wehl und mehrere Zentner Kundenfrucht, ein großes Lager an Zigarren und Zigaretten, viel Mobiliar, einiger Schmuck usw. zugrundegegangen. Die Versicherungssumme beträgt 105 000 Mark, wovon 32 000 Mark auf die Fahrnis und 75 000 Mark auf Gebäude kommen. Die geschädigte Familie Wiet hat bei Konrad Heim in Seelfingen Unterkunft gefunden.

Unsicherheit auf dem Lande. Nicht allein in den Großstädten ereignen sich tagtäglich Ueberfälle, Einbrüche, Diebstähle usw., auch auf dem Lande, in den Ortschaften und Dörfern treibt sich heute landfremdes Volk umher, das nachgerade zur Landplage geworden ist. Es vergeht kein Tag, an dem keine Meldungen über die Unsicherheit auf dem Lande einlaufen. Sehr oft kann man aber auch die Beobachtung machen, daß die Landbevölkerung viel mit Schuld ist, und zwar deshalb, weil sie noch wie in alter Zeit Tür und Tor offen stehen läßt. Auf diese Weise wird — wenn auch ungewollt — der Spitzbüberei und dem Gaunerverwesen Vorschub geleistet. Es ergeht daher an die Bauern die Mahnung: Augen auf! Tür und Tor aber zu! Ihr schützt euch selbst und euer Eigentum damit!

Lokales.

Wildbad, den 14. Januar 1931.

Die Gefahren des Eises. Mit den Schönheiten des Winters sind auch die Gefahren für alt und jung verbunden. Alljährlich fordern die zugefrorenen Bäche und Weiher ihre Opfer. Es muß daher immer wieder auf die Gefahren aufmerksam gemacht werden, die ein zu frühzeitiges Auftreten des Eises, besonders, wenn man allein ist, mit sich bringt. Nicht eindringlich genug können die Kinder gewarnt werden. Wer im Eis eingebrochen ist, schwebt in Lebens-

gefahr, denn das kalte Wasser erschwert seine Bewegungen. Ist jemand eingebrochen, so gilt als erster Ratsschlag, die Arme weit ausbreiten, um nicht unter die Eisdede zu geraten. Hilfe bringt man den Eingebrochenen durch Zureichen von langen Stangen, Brettern und dergleichen, auch durch ein Seil mit einer Schlinge. Ist nichts dergleichen vorhanden, dann versuche man auf dem Bauch in die Nähe der Einbruchsstelle zu kriechen. Bei brüchigem Eis muß auch der Retter sehr vorsichtig sein und beim Kriechen ein Brett als Unterlage benützen. Der Gerettete darf in keinen warmen Raum gebracht werden; man schaffe ihn in ein kaltes Zimmer und hole den Arzt.

ep. Die Familie bleibt Mittelpunkt. Wie alljährlich hat der Evang. Reichselternbund in Verbindung mit vielen anderen evangelischen Verbänden auf die Woche vom 25. bis 31. Januar die Reichserziehungswoche ausgeschrieben. Vorträge und literarische Arbeiten sollen im Sinn einer Vertiefung der Familie wirken und die Bedrohung wie auch die Notwendigkeit der Familie in der Gegenwart aufweisen. Der Selbstbefinnung auf die Familie als Mittelpunkt unseres Volkslebens soll die Reichserziehungswoche 1931 gewidmet sein.

Sitzung des Gemeinderats am 13. Januar 1931.

Anwesend: Vorsitzender und 15 Mitglieder, sowie zwei Zuhörer.

Eingangs der Sitzung widmete der Vorsitzende dem am 4. Januar verstorbenen Stadtbaumeister Runk einen warmen Nachruf. Am 1. September 1907 sei der Verstorbene in den Dienst der Stadt getreten; viele und bedeutende Bauwerke wurden unter seiner Leitung in den 23 Jahren errichtet. Man werde Stadtbaumeister Runk, der nach langem Krankenlager einer tödlichen Krankheit zum Opfer fiel, ein dankbares Andenken bewahren. Das Kollegium erhob sich zum ehrenden Gedenken von den Sitzen.

Sodann gab der Vorsitzende folgenden

Geschäftsbericht der Stadtverwaltung für das Jahr 1930.

Vom vergangenen Jahr 1930 läßt sich nicht viel Gutes berichten. Die zu Beginn des Jahres 1930 einsetzenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben sich im Laufe des Jahres noch gesteigert. Die Zahl der Erwerbslosen hat hier zu Ende des Jahres mit 300 (darunter etwa 80 Frauen) eine Höhe erreicht, wie wir sie noch nie hatten. Die Fremdenfrequenz blieb gegen das Vorjahr zurück. Sie betrug 20 056 gegen 23 174 im Vorjahr, sie erreichte also ungefähr die Höhe von 1927. Die Holzpreise, der wichtigste Einnahmeposten der Stadt, gingen weiter rapid zurück, sie gingen bis auf 60 Prozent für Fichten und Tannen und 80 Prozent für Föhren herunter. Preise, die sich unter den Friedenspreisen bewegen und einen Einnahmeausfall für die Stadtgemeinde bedeuten, der zu den ernstesten Sorgen Anlaß gibt und zu größter Sparamkeit im Gemeindehaushalt zwingt.

Im Jahr 1930 fanden 28 Sitzungen des Gemeinderats statt, in denen 261 Gegenstände neben den üblichen Verwaltungssachen erledigt wurden. Die Verwaltungsabteilung des Gemeinderats hielt 31 Sitzungen, die Ortsfürsorgebehörde 11 Sitzungen ab. Grundstücksveräußerungen fanden 30, Sühneverurteilung 32 statt. Baugesetze fielen 22 (Neubauten 3, bauliche Veränderungen 19) an. Zahlungsbefehle wurden 60 erlassen. Das Gemeindegericht erledigte 13 Rechtsstreitigkeiten. Die Zahl der Geburten betrug 76 (1929: 78), Eheschließungen 33 (22), Sterbefälle 50 (49).

Als Bauten der Stadt sind zu erwähnen: Der Ausbau des Bahnwegs und die Erweiterung des Anlagenwegs, die Vergrößerung der Festhalle auf dem Sportplatz, die Herstellung einer Wasserleitung für die Parzelle Kohlhäule, die Vergrößerung des Friedhofs in Sprollenhaus, die Neubewalzung und Beschotterung der Bahnerstraße, Erneuerung der Masten der el. Zuleitung zur Bergbahn, die Inangriffnahme der Kanalisation der äußeren Kernerstraße und Verlängerung der Wasserleitung aus dem Rollwasser-tal.

Erwähnenswert sind noch die Anschaffung neuer Möbel für die Realschule, der Ankauf des Eitel'schen Hauses im Straubenberg und des Schmid'schen Grundstücks im Heslach, die Neuorganisation der Freiwilligen Feuerwehr, die Abgabe eines städt. Bauplatzes an Architekt Weischedel an der Bismarckstraße, die Gründung einer gemeinnützigen Baugesellschaft, zu der die Genehmigung der Regierung immer noch aussteht.

Als erfreuliche Ereignisse des Jahres können gebucht werden, das in allen Teilen gut verlaufene Kriegerbundesfest des Württ. Kriegerbundes, die Tagung des Württ. Fichtenerverbandes und das Gauturnfest.

Die Werbetätigkeit für das Bad wurde in Gemeinschaft mit der Bawerwaltung noch weiter ausgebaut. Der Werbung im Ausland, insbesondere in Holland und England, wurde erhöhte Aufmerksamkeit zugewandt. Der gemeinsame Aufwand für Werbezwecke überstieg auch 1930 die Summe von 60 000 Mark. Der Kurverein erhielt einen Beitrag von 4000 Mark aus der Stadtkasse.

Pläne für das kommende Jahr bekannt zu geben ist bei der jetzigen Gesamtlage kaum möglich. Wir werden uns auch im kommenden Jahr auf das Allernötigste beschränken müssen. Als nötig möchte ich bezeichnen: Die Anlegung eines Gehwegs in der Kennbachstraße, die Verbesserung des Ortswegs in Sprollenhaus, die Förderung des Wohnhausbaues, die Vorarbeiten für die Sammellaranlage.

Die Bemühungen für den baldigen Bau einer heizbaren, geschlossenen Trinkhalle durch die Badverwaltung haben leider bis jetzt zu keinem Erfolg geführt. Hoffen wir, daß diese für unser Bad außerordentlich wichtige Neuerung 1931 zustande kommt. Soll unser Bad im Wettbewerb mit der anderen Bädern auf der Höhe bleiben, so muß jetzt endlich auch der Staat eines der geplanten größeren Bauwerke zur Ausführung bringen. Hiedurch fänden auch die zahlreich Erwerbslosen Beschäftigung, für die die Stadtgemeinde allein nicht sorgen kann.

Es ist zu hoffen, daß das Jahr auch endlich die Entscheidung über das Stuttgarter Schwarzwaldwasserleitungsprojekt bringt, daß der Landtag und die Regierung, die die Verantwortung für eine Vernichtung unserer Heilquellen nicht übernehmen können, das Projekt endgültig ablehnen, das durch den Widerstand des badischen Staats ohnedies aussichtslos geworden ist. Wenn Stuttgart neuerdings erklärt, daß es auf eine Talsperre im Enchtal verzichtet und Wasser aus dem Schwarzwald erst 1950 holen wolle, so ist damit die Gefahr für unsere Heilquellen nicht beseitigt. Jeder Eingriff in die Wasserläufe des Enchtals, jede Senkung seines Grundwasserpiegels, auch ohne Talsperre, kann die Vernichtung unserer Heilquellen zur Folge haben, wie Vorgänge an anderen Orten z. B. bei den Cannstatter Mineralquellen beweisen. Auf das Talsperrenprojekt hat Stuttgart übrigens schon im Jahre 1928 infolge des Widerstandes des Landtags und der Regierung verzichtet

müssen. Es bringt damit also nichts Neues. Ob sich die Einwohnerschaft Stuttgarts dazu versteht, noch bis 1950 das verschmutzte Neckarwasser zu trinken und nach 1950 d. h. für immer noch zum größten Teil mit diesem bedenklichen Trinkwasser versorgt zu werden, da das Enchtwasser nur zu einem Bruchteil den Wasserbedarf Stuttgarts decken kann, ist sehr fraglich. Das tabellose Wasser aus der Landeswasserversorgung könnte Stuttgart schon in 2—3 Jahren haben. Es ist zu hoffen, daß uns in der öffentlichen Meinung Stuttgarts, die sich jetzt schon regt und auf die Gefahren des mit Auswurf- und Verwesungstoffen verunreinigten Neckarwassers für die Volksgeundheit hinweist, ein Bundesgenosse in unserem Kampfe für unsere Heilquelle erwächst. Würde die Einwohnerschaft Stuttgarts das Enchtwasser, das Professor Lueger eine „Moorbrühe“ nannte, näher kennen, so wäre ihre Entscheidung für die Landeswasserversorgung nicht mehr zweifelhaft.

M. H. Den Herren Mitgliedern des Gemeinderats und den städtischen Beamten danke ich für ihre erspriessliche und treue Mitarbeit im verfloffenen Jahr und knüpfe hieran die Bitte, daß sie auch im neuen Jahr ihre Kraft und Arbeit in den Dienst unseres Gemeindefortschritts stellen. Wir wollen hoffen, daß das Jahr 1931 besser ausfällt, als es jetzt den Anschein hat und daß sich bald wieder eine Aufwärtsbewegung auf allen Gebieten des Geschäftslebens zeigt. Mit Verzagtheit und Schwarzseherei wird dies aber, wie Reichszantler Dr. Brüning treffend äußerte, nicht erreicht, sondern nur durch die Erkenntnis der Wahrheit und Wirklichkeit und durch den aufrichtigen ehrlichen Willen aller Volksteile, an der Befundung unserer Verhältnisse mitzuarbeiten. Ist dieser Wille vorhanden, so wird sich das deutsche Volk auch aus den jetzigen schwierigen Verhältnissen wieder herausarbeiten.

Stadtrat Frischke dankte dem Vorsitzenden für seine Ausführungen; er führte weiter aus, daß man im verfloffenen Jahre eine Enttäuschung nach der andern erlebt habe; der Gemeinderat habe immer das Bestreben gehabt, der Not und Arbeitslosigkeit zu steuern. Das Sinken der Fremdenziffer von 23 174 auf 20 056 bedeute einen enormen Ausfall bei der hiesigen Geschäftswelt, den der Sprecher auf annähernd eine Million Mark schätzt. Weiter streift Stadtrat Frischke die niedrigen Holzpreise, die es dem Gemeinderat zur Pflicht machen, in diesem Jahr ganz besonders sparsam zu wirtschaften und keine Ausgaben ohne Deckung zu genehmigen. Von der Badverwaltung hofft der Redner bestimmt, daß sie baldigst die Heizbarmachung der Trinkhalle und Erbauung eines Kurmittelhauses in Angriff nimmt. Stadtrat S e p h a n drückt auch seinerseits sein tiefes Bedauern über den plötzlichen Tod des Stadtbau-meisters Runk aus. Seine weiteren Ausführungen gipfelten darin, daß die Regierung endlich dafür sorgen müsse, daß die Arbeitslosigkeit beseitigt bzw. gelindert wird. Wenn keine Arbeit vorhanden sei, könne auch der Handwerker usw. keine Steuern mehr bezahlen. Die Monate Februar und März würden für den Wiederaufbau von ausschlaggebender Bedeutung sein.

Es wurde sodann in die eigentliche Tagesordnung eingetreten.

Brennholzverkauf. Am 8. Januar fand ein Brennholzverkauf statt, dessen Ergebnis der Vorsitzende ein klägliches nannte. Bei einem Ausbot von 1129 Mark bzw. 1352 Mk. war das Angebot 672 Mark bzw. 737 Mark; dabei betragen die Hauerlöhne bei den zwei Posten 1055 bzw. 1195 Mark. Der Vorsitzende beantragte die Verkäufe nicht zu genehmigen, sondern die Stadtpflege zu ermächtigen, die Holzverkäufe in drei bis vier Wochen nochmals vorzunehmen; wenn einzelne Einwohner mindestens 70 Prozent der Grundpreise bieten, kann an diese Holz abgegeben werden. Der Vorsitzende hält die niedrigen Holzpreise für eine vorübergehende Erscheinung, wenn es gelingen sollte, die Erfindungen, aus Abfallholz Futtermittel herzustellen, ebenso die Vergasung von Holz zur Betreibung von Kraftwagen, weiter auszubauen. Stadtrat Frischke benennt einen Interessenten für Grubenholz; der Vorsitzende wird mit diesem weitere Verhandlungen führen und ermächtigt, eventuell einen Verkauf von Grubenholz abzuschließen. Stadtrat B o t t ist für eine bessere Sortierung des Holzes; im weiteren weist er darauf hin, daß man nicht nur die Hauerlöhne, sondern auch die anderen Beträge (Gehälter der Beamten, 800 Mark Zuschuß) beachten müsse. Er ist für eine sofortige Absetzung des Holzes. Der Vorsitzende weist die Ausführungen des Borredners als eine Attacke gegen den Forstmeister zurück. Stadtrat H u z e l ist für Anlegung von Holzlagern; unter den Selbstkostenpreis solle man das Holz nicht absetzen. Stadtrat B r a c h h o l d und K a p p e l m a n n sind für kleinere Holzverkäufe. Stadtrat S c h a n z erwähnt den Waldbesitzerverband, der auch etwas tun könne. Der obige Antrag des Vorsitzenden wurde alsdann genehmigt. Weiter gab der Gemeinderat seine Einwilligung zur Abgabe von 2675 Festmeter Föhrenholz an die Württ. Holzverkaufsgenossenschaft zu 80 Prozent der Landesgrundpreise.

Anschaffung von Möbeln für die Frauenarbeitschule. Die Arbeiten wurden ausgeschrieben und sind neun Angebote eingegangen. Den drei billigsten Angebotstellern, nämlich Schreinermeister Pfau Witwe mit 238,28 Mark, Nonnenmacher 259,00 Mark und Herrn Brachhold 264 Mk., wurden die Arbeiten übertragen. Es handelt sich um Lieferung eines Schrankes für die Kochschule und Frauenarbeitschule, um einen Tisch und eine spanische Wand.

Wohnhausbauten. Der Vorsitzende führte aus, daß eine der Sachen, die gefördert werden sollten, die Wohnhausbauten seien. Gerade jetzt sei die gewünschte Gelegenheit, zu bauen. Wer bauen will, solle es jetzt oder in der nächsten Zeit tun, da kleinere Wohnhäuser, die bis 1934 bezugsfertig werden, nach der neuen Notverordnung bis 1938 von verschiedenen Steuerabgaben frei seien. Zu den zwei baustelligen Himmern und Kling ist jetzt noch Friedr. Müller, Ziegelhütte, hinzugekommen. Herr Himmer wird mit dem Bau in nächster Zeit beginnen und übernimmt die Stadt die Hälfte der Ausfallbürgschaft bei der Württ. Wohnungsfreidankanstalt. Der Vorsitzende richtete bei dieser Gelegenheit an alle diejenigen, namentlich an die Herren Hoteliers, die bauliche Reparaturen vorzunehmen haben, die Bitte, diese jetzt machen zu lassen und nicht erst im Monat April. Stadtrat K l o s antwortet darauf, daß wenn man Reparaturen ausführen lasse, auch Berücksichtigung bei Festsetzung der Steuern finden müsse. Stadtrat S t e p h a n stimmt dem Borredner zu. Der Vorsitzende betont darauf, daß die Hauszinssteuer das Grundübel sei, solange die nicht falle, seien keine anderen Zustände zu erwarten. Stadtrat W a i d e l i c h fragt an, wie es mit der gemeinnützigen Baugesellschaft stehe. Der Vorsitzende gibt die Auskunft, daß vorerst zwei oder drei Häuser nach Birkenfelder Muster um den Preis von 6000 bis 7000 Mark gebaut und dann verkauft werden sollen.

Stadtbaumeisterstelle. Nach Rücksprache mit Stadtbau-
meister Winkler ist es möglich, die eine Stadtbau-
meisterstelle aufzugeben. Stadtbaumeister Winkler übernimmt die
Funktionen des verstorbenen Stadtbau-
meister Munk unter
Zuhilfenahme der bisherigen technischen Hilfe, des Herrn
Hirzel. Der Gemeinderat beschließt demgemäß und wird
der Ministerialabteilung von diesem Beschluß Kenntnis und
der Pensionskasse Mitteilung gemacht werden.

Sonstiges. Die letzte Beschwerde gegen die Befrei-
ung der Badverwaltung von der Gemeindeumlage
ist abschlägig beschieden worden. Es wurde erneut hiegegen
Stellung genommen. — Nach der neuen Gemeindeordnung
ist die Festsetzung der Zahl der Mitglieder
des Gemeinderats vorzunehmen. Sie kann bis
zu 10 000 Einwohnern 14 bis 20 Mitglieder betragen. Der
Gemeinderat beschloß, es bei der bisherigen Zahl von 16
Mitgliedern zu belassen. — Wegen der Sitzungsgel-
der für die Stadträte stellt Stadtrat Stephan
die Anfrage, ob die Vollzugsverfügung noch nicht heraus-
genommen sei, was der Vorsitzende verneint; wenn einer
der Mitglieder sich durch Annahme der Sitzungsgelder be-
drückt fühle, solle er sie für einen wohlthätigen Zweck ab-
führen, bis ein endgültiger Beschluß gefaßt werde. — Die
Erweiterung der Wilhelmsschule erforderte
einen Gesamtaufwand von 58 711 Mark inkl. Einrichtung.
Die Regierung verlangt einen Tilgungsplan über das auf-
genommene Darlehen, der sich auf 30 Jahre erstreckt; die
jährliche Tilgung beträgt 1666 Mark. — Für die Notstands-
arbeit Kanalisation der Kernerstraße wurde
das Darlehen von 36 400 Mark bei der Oberamts Sparkasse
aufgenommen; der Zins beträgt 7,5 Prozent. — Durch
Rechnungsrat Schmid wurde eine Revision der Berg-
bahnkasse (Sturz der Fahrkarten) vorgenommen und
gab zu Beanstandungen keinen Anlaß. — Ein Danfchreiben
von Frau Stadtbaumeister Runk wurde zur Kenntnis
des Gemeinderats gebracht. — Die Gemeinden Hoffstett und
Neuweiler haben an die Ministerialabteilung für Straßen-
und Wasserbau und an die Forstdirektion ein Gesuch gerich-
tet, den Straßenbau an der Kleinenzthal-
straße vorläufig einzustellen, bis sich die Holzpreise ge-
bessert haben, da die genannten Gemeinden ihren Ver-
pflichtungen nicht nachkommen können. Von den beiden Be-
hörden wurde das Gesuch befürwortet, während das Ober-
amt dem Gesuch skeptisch gegenüber steht. Der Gemein-
derat erhob energischen Einspruch gegen jede Verschleppung
der Arbeit angesichts der 600 Arbeitslosen, die in Wildbad
und Calmbach gezählt werden. Um die Erwerbslosigkeit
zu bekämpfen, wurde feierlich von den Gemeinden, darun-
ter auch Wildbad, die Beihilfen zum Bau der Kleinenzthal-
straße bewilligt. Bei einer etwaigen Verschleppung der Ar-
beit wird sich die Stadtgemeinde nicht mehr an den Vertrag
über die Beitragsleistung gebunden fühlen. — Fuhrmann
Fritz Barth, Calmbach hat ein Gesuch an die Stadt-
gemeinde gerichtet, worin er um eine Entschädigung von
50 Mark ersucht. In der Alten Steige war eine Mauer
eingestürzt, das städtische Auto konnte weder vor- noch
rückwärts fahren; dadurch war es Barth unmöglich, der dort
Langholz führte, dieses heim zu bringen; er mußte seine
Wagen stehen lassen und mit vier Pferden ohne Wagen
heimziehen, erst am anderen Morgen konnte er diese holen.
Aus Billigkeitsgründen wurden vom Gemeinderat
25 Mark bewilligt. — Eine lange Aussprache zeitigte das
Gesuch des hiesigen Postamts wegen Bewirtschaftung
im alten Postgebäude. Schon drei Mal wurde das
Gesuch abgelehnt bezw. die Bedürfnisfrage verneint. Nun
stellt aber beim vierten Male das Postamt verschiedene
Konzeptionen in Aussicht, die es dem Gemeinderat nicht
leicht machen, eine Entscheidung zu fällen. Das Postamt
stellt bei Genehmigung des Gesuchs folgendes in Aussicht:
1. Erbauung eines 4 oder 6 Beamtenfamilien-Wohnhauses;
2. Umbau des alten Postgebäudes; 3. Erstellung eines grö-
ßeren Pavillons, worin die Postzweigstelle, das Reisebüro
Rominger und der Verkehrsverein Platz finden würde, im

Zentrum der Stadt und 4. den Durchgang am alten Post-
gebäude für den allgemeinen Verkehr wieder zu öffnen. Die
ersten beiden Redner, Stadtrat G r o h m a n n und F r i z
s a c h e standen auf dem Standpunkt, daß die Bedürfnisfrage
auch zum vierten Male zu verneinen sei. Ersterer erwähnte,
daß das Postamt es bisher nicht für nötig befunden habe,
für seine Briefträger ein Wohnhaus zu errichten; er könne
den Kuhhandel nicht mitmachen; letzterer führte aus, man
komme jetzt mit allerhand Bauversprechungen, er sei immer
für jede Bautätigkeit eingetreten; es sei aber bedauerlich,
daß der Staat der darniederliegenden Wirtschaft Konkur-
renz mache. Stadtrat B o t t und W a i d e l i c h können dem
Standpunkt der beiden Redner nicht zustimmen, man
müsse auch die andere Seite betrachten. Stadtrat P f a u
verliest die Gründe der Wirte, die Konzeptionen der Post
seien aber so groß, daß man darüber sprechen müsse. Stad-
trat R u e g bemerkt, daß in jeder Stadt am Bahnhof sich
ein Hotel befindet. Stadtrat Stephan und K i e s e r
stehen auf ablehnendem Standpunkt. Stadtrat K l o s er-
klärt, daß der Ausschuß des Handels- und Gewerbevereins,
der Abschrift des Besuchs bekommen habe, sich mit der Sache
befaßt habe. Es sei vorher zu erwägen, ob die vier Punkte
in absehbarer Zeit verwirklicht werden. Auf einer Seite
stehen die Steuern, auf der andern Seite greife der Staat
in das öffentliche Wirtschaftsleben. Er erwähnt im Zusam-
menhang hiemit auch die Verkaufsstände am Bahnhof. Bei
den Arbeitern sei vielfach nicht bekannt, wie groß die Not
bei den Handels- und Gewerbetreibenden sei. Es wurde
schließlich Antrag auf Vertagung gestellt und dieser Antrag
mit 8 gegen 7 Stimmen angenommen. (Die Öffentlichkeit
hat also Zeit und Gelegenheit, sich für oder gegen die An-
gelegenheit auszusprechen. Die Schriftleitung.)
Stadtrat W a i d e l i c h stellte die Anfrage, warum den
städtischen Arbeitern auf 1. Februar gekündigt worden sei.
Der Vorsitzende entgegnete, daß diese Kündigung auf
ein Schreiben des Bürt. Städtebundes hin erging; sie be-
deute nur eine fürsorgliche, betr. Neuregelung der Löhne
und sei sozusagen eine Formsache. Stadtrat B o t t und
W a i d e l i c h erklären, daß die Neuregelung der Löhne
Sache des Arbeitgebers- und Arbeitnehmer-Verbandes sei,
die Stadtgemeinde sei diesem angegeschlossen. Stadtrat W a i-
d e l i c h wundert sich, daß gerade Wildbad in dieser Sache
voranging.

Schluss der öffentlichen Sitzung 6 Uhr. Es folgt noch eine
nichtöffentliche Sitzung.



Frachtermäßigung für Superphosphat.

Die mit Wirkung vom 1. Februar d. Js. ab eintretende
Frachtsenkung um 8% kommt, wie die Deutsche Super-
phosphat-Industrie G. m. b. H., Berlin, mitteilt, den Abnehmern
zugute. Weitere Mitteilung folgt, weil inzwischen Be-
rechnungen angestellt werden müssen.

Es wird noch darauf hingewiesen, daß der Stichtag für
die Hereinnahme von Abrufen zu Januarpreisen auf den
26. Januar 1931 hinausgeschoben wurde, da der 25. Januar
ein Sonntag ist. Alle Aufträge, die bis 26. Januar 1931
bei der D. S. I. vorliegen und über sofortige Lieferung
lauten, werden noch zu den Januarpreisen ausgeführt, die
gegenüber den Preisen des Februars einen erheblichen Vor-
teil bieten. Der Preisunterschied beträgt

3 B. M. 27,- je 150 dz Superphosphat 18%
und „ 40,50 „ „ „ Amm.-Superphosphat 9/9%.

M a r k t e

Stuttgarter Schlachthofmarkt, 13. Jan. Dem heutigen Markt
im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 47
Ochsen, 18 Bullen, 225 Jungbullen, 377 Jungkälber, 290 Kühe,
788 Kälber, 1787 Schweine, 1 Schaf. Davon blieben unverkauft:
10 Ochsen, 50 Jungbullen, 40 Jungkälber, 20 Schweine. Verlauf
des Marktes: Ruhig, Großvieh Ueberfland.

Ochsen:	13. 1.	8. 1.	Kühe:	13. 1.	8. 1.
ausgemästet	46-50	47-50	fleischig	22-27	22-27
vollfleischig	41-44	42-45	gering genährt	17-21	17-21
fleischig	-	-	Kälber:		
Bullen:			feinste Mast- und		
ausgemästet	44-46	44-46	beste Saughäler	67-71	66-70
vollfleischig	40-43	40-43	mittl. Mast- und		
fleischig	-	-	gute Saughäler	59-66	58-64
Jungkälber:			geringe Kälber	51-56	48-55
ausgemästet	51-54	52-55	Schweine:		
vollfleischig	44-49	45-50	über 300 Pfd.	62-63	62-63
fleischig	41-43	42-44	240-300 Pfd.	62-63	61-63
gering genährt	-	-	200-240 Pfd.	61-62	60-62
Kühe:			160-200 Pfd.	60-61	60-61
ausgemästet	37-42	37-42	120-160 Pfd.	58-60	58-60
vollfleischig	29-34	29-34	unter 120 Pfd.	58-60	58-60
			Sauen	46-60	46-60

Ulmer Schlachthofmarkt, 13. Jan. Zutrieb: 5 Ochsen, 12 Färren,
16 Kühe, 14 Kälber, 174 Kälber, 218 Schweine. Preise: Ochsen —,
Färren a 42-44, Kühe b 28-32, c 22-24, Kälber a 50-51, b
45-46, Kälber a 62-66, b 58-60, Schweine a 60-62, b 55-57
Mark. Markterlauf: In allen Gattungen langsam.

Pforzheimer Schlachthofmarkt, 13. Jan. Zutrieb: 7 Ochsen,
13 Kühe, 44 Kälber, 22 Färren, 11 Kälber, 421 Schweine. Preise:
Ochsen a 50-54, b 46-49, Färren a 49, b und c 47-43, Kühe a
41, b und c 37-22, Kälber 53-56, b 48-51, Kälber b 70-74,
c 64-68, Schweine b, c und d 65-67. Markterlauf: Mäßig
belebt.

Viehpreise. Baden: Stiere 450-570, Färren 260-600, Kühe
280-320, Kälber und Jungvieh 190-500, Kälber 90-110. —
Süddeutsch: Färren 240-300, 1 Paar Ochsen 1000-1200, 1 Paar
Stiere 750-850, Kühe 200-620, Kälber 350-580, Jungvieh
150-290 Mark.

Heilbronn, 13. Jan. Stammholzverkauf. Bei der
Versteigerung des Stammholzes auf dem künftigen Gelände des
Redaktionsgebäudes wurden 333 Koppelholzstämme verkauft. Geboten
in den verschiedenen Klassen 80-120 v. H. des Anschlags. Schöne
Stämme fanden reichlichen Abzug zu erhöhten Preisen.

Wollen Sie sparen?

26
MONTAG
Stichtag

Dann überschreiben Sie Ihre
Abrufe über Superphosphat und
Superphosphat-Mischungen zur
sofortigen Lieferung

bis 26. Januar 1931!

Sie kaufen in diesem Falle billiger!

Je 150 dz	gegen Februar 1931	gegen Januar 1930
Superphosphat 18%	RM. 27.00	RM. 73.50-103.50
Amm.-Super. 9/9%	RM. 40.50	RM. 141.00-148.50

Frachtermäßigung: Die ab 1. Februar 1931 eintretende
Frachtsenkung um 8% kommt unseren Abnehmern zu gute.
Bestellen Sie sofort bis spätestens 26. Januar 1931 bei Ihren Lieferfirmen.
Deutsche Superphosphat-Industrie Berlin W 15, Emser Straße 42

LUGER

Blutfrische
Seefische
eingetroffen

Rabeljau 33 Pf
Schellfisch 33 Pf
Filet 60 Pf

Utr.-Dose
Bismarckheringe
Kollmops
Hering in Gelee 85

Salzheringe
(Mischner) 12 Pf

Am Mittwoch, 14. Januar, abends 8.15 Uhr
findet im Saale des Wildbader Hofes
in Wildbad ein
öffentlicher Vortrag
statt über
**Der Weg zur Revision des
Tributsystems**
Redner:
**Dr. Alexander Graf Brockdorff-
Berlin**
Eintritt frei.
Alldeutscher Verband
Gau Ober-Euztal

W Forstamt Calmbach
Beifuhr von Schotter.
Auf nachstehende Wege im
Staatwald Eibera ist die
Beifuhr von 210 cbm Aplit-
schotter vom Rohhäusle zu
vergeben.
1. Normalshotter
cbm 20 Eychtalst. Äschen,
100 Kreuzsteinweg.
2. Grobgrus
cbm 30 Calmbach-Wild-
bader Weg, 50 Kreuzstein-
weg, 40 Kusterersweg, 20
Ob. Schloßkopfweg, 40
Unt. Schloßkopfweg, 10
Calmbach-Höfenerweg.
Näheres kann bei den Förstern
Mayer in Calmbach und
Wagner in Höfen erfragt
werden. Schriftliche Gebote
sind bis Montag, 19. Januar
1931, vorm. 11 Uhr, einzu-
reichen, wo die Vergabe
der Beifuhr um diese Zeit
erfolgt.

Esst fische!

Heute eingetroffen:
Fischer
Rabeljau
u. Schellfisch 42 Pf.

Rabeljau-Filet
Grüne Heringe

Besonders billig!
Frische
Bücklinge 32 Pf.
5 Pfund-Rüte 1.55

Salatöl, offen
Liter 60,80 u. 1.00

Feinstes
Speiseöl in Flaschen
7/2 Liter 55 Pf. 1/2 Liter 90 Pf.
Preise mit Flasche
10 Bg. Rückvergütung

5% Rabatt!

Pfannkuch

Linden
Lichtspiele

Samstag, 17. Januar
Sonntag, 18. Januar
Jeweils abends 8.30 Uhr

Die Heilige
und ihr Narr
in 9 Akten
nach dem gleichnamigen
Roman
von Agnes Günther

Der Amateur-Detektiv
Lustspiel in 2 Akten

Harry der Unglücksrabe
Lustspiel in 2 Akten

Ein Sommertag im Walde
Kulturfilm

Hier beim Verkehrsbüro des Kurvereins
Ziehung 31. Januar —
Geld-Lotterie
Kirchenbau Klein-Göben
2197 Geldgew. u. 1 Prämie Mk.
12500
Höchstgewinn Mark
6000
Lose zu 1 Mk., 12 Lose 12 Mk.,
Porto und Liste 30 Pf. mehr
J. Schweickert
Neutgart, Marktstraße 6
Postfachkonto Stuttgart 2055
Hier in all. Verkaufsstell.

In 3 Tagen
Nichtraucher.
Sanitas-Depot, Halle a. S. 316 R.

LIEDERKRANZ
Heute Mittwochabend
Singstunde

**Waldhämmer
Namenbrenneisen**
billigst bei
L. Schwarz, Höfen.

Flechten
Herr C. S. in Schöppelsdorf schreibt uns: „Unterschiedener bezeugt,
daß ich durch Sie von den lästigen Flechten, an welchen
ich 11 Jahre gelitten habe, in 8 Tagen geheilt worden bin.“
Ankunft kostenlos. Sanitas-Betrieb, Rindorf (Wanern).

Schreibmaschinen
a-bst Zubehör kaufen Sie billigst bei
GESCHW. FLUM
Buch- und Papierhandlung